



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 08. Juni 2018

Band 12, Ausgabe 10

Themen

- **Bundshaushalt**
- **Inneres**
- **Pflege**
- **Arbeitsmarkt**

„Es wird keinen Familiennachzug zu Gefährdern geben“

(Dr. Stephan Harbarth, stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, am Donnerstag in seiner Rede zum Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten)

In dieser Ausgabe:

BAMF-Aufklärung	2
Sofortprogramm Alten- und Krankenpflege	2
Jahresbericht des Petitionsausschusses	3
Immer weniger Arbeitslose	3
Flüchtlingsnachzug begrenzen	3
Bundshaushalt im Ausschuss beraten	4

Europapolitische Perspektiven

Die Bundeskanzlerin hat am vergangenen Wochenende eine Antwort auf die Frage gegeben, welche Schritte notwendig sind, damit Europa die Herausforderungen der Zukunft besteht. Das Ziel ist, den Bürgern gute Perspektiven in Sachen Sicherheit und Wohlstand zu bieten und Europa eine starke Stimme in der Welt zu sichern.

Wichtigste Handlungsfelder sind dabei die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die wirtschaftliche und technologische Stärkung unseres Kontinents sowie die gemeinsame Asyl- und Entwicklungspolitik.

In der Außen- und Sicherheitspolitik müssen wir unser Schicksal stärker in die eigene Hand nehmen, um eine starke Rolle im globalen Gefüge zu behalten. Im Rahmen der Verteidigungspolitik sollte eine mögliche Interventionsinitiative in die Struktur der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit eingepasst und die Zahl der Typen von Waffensystemen deutlich reduziert

werden, um so zu einer Bündelung der europäischen Kräfte zu kommen. Ein wichtiger Schritt zu mehr Gemeinsamkeit in der Außenpolitik wäre ein zu



sätzlicher gemeinsamer europäischer Sicherheitsratssitz bei den Vereinten Nationen. Trotz Brexit soll Großbritannien ein wichtiger sicherheitspolitischer Partner bleiben.

Für die Sicherung unseres Wohlstands im 21. Jahrhundert sind eine innovationsfähige Wirtschaft und solide Finanzen Grundvoraussetzung. Bei den fundamentalen Innovationen muss Europa schneller werden, nur so halten wir den Anschluss weltweit. Erfolgreich wirtschaften können wir aber nur mit einem stabilen Euro. Unter anderem soll der Europäische Stabilisierungsmechanismus, der in der Finanzkrise entstand, ähnlich dem IWF

zu einem zwischenstaatlich verfassten Europäischen Währungsfonds werden. Er soll in der Lage sein, die Schulden-tragfähigkeit von Ländern zu bewerten und sie ggf. wiederherzustellen. Wir werden darauf achten, dass die Rechte des Deutschen Bundestages gewahrt bleiben. Denn klar ist für uns auch: Solidarität unter Euroländern darf nie in eine Schul-

denunion münden, sondern muss Hilfe zur Selbsthilfe sein. Finanzielle Hilfe gibt es nur gegen Reformen.

In der zentralen Migrationsfrage sind Außengrenzsicherung, gemeinsame Asylpolitik und Bekämpfung der Fluchtursachen essentiell. Es ist wichtig, dass die europäische Grenzschutzbehörde Frontex mittelfristig zu einer echten europäischen Grenzpolizei mit europäischen Kompetenzen wird. Gleichzeitig sollen die Asylstandards in Europa vergleichbar werden. Mit dem Marshallplan für Afrika wollen wir dafür sorgen, dass junge Menschen in ihren Ländern bleiben und sich nicht auf den Weg nach Europa machen.

BAMF - Aufklärung

Offenbar kriminelle Vorgänge in der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Bremen haben den Fokus auf die Arbeit dieser großen Bundesbehörde gerichtet, welche die Asylverfahren durchführt. Mit Klugheit und Ruhe sollten wir die Situation bewerten: Das BAMF hat in den vergangenen Jahren hunderttausende von Asylverfahren durchzuführen müssen, so dass die Behörde um mehrere tausend Mitarbeiter aufgestockt werden musste. Wir dürfen nicht vergessen, dass viele Mitarbeiter Enormes geleistet haben, um den Berg an Asylverfahren abzarbeiten. Dabei sind ohne Frage auch Fehler passiert. Wir alle in der Bundestagfraktion waren aber auch tief betroffen, als uns Herr Weise am 10. November 2015 über die Zustände im



Quelle: Deutscher Bundestag

BAMF berichtet hat. Da haben wir alle gewusst, welche großen Aufgaben beim BAMF anstehen. Jetzt brauchen wir eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge und einen schnellstmöglichen Abbau von Qualitätsdefiziten.

So wichtig zügige Entscheidungen von Asylanträgen sind, Schnelligkeit darf nicht auf Kosten der Qualität gehen. Wir unterstützen Bundesinnenminister Horst Seehofer darin, verloren gegangenes Vertrauen so schnell wie möglich wiederherzustellen.

Hierzu wurden die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet wie etwa die Bitte um Prüfung durch den Bundesrechnungshof und die Entscheidung, dass die BAMF-Außenstelle Bremen keine Asylbescheide mehr erlassen darf. Die Befassung des Innenausschusses hat letzte Woche gezeigt, dass dies der richtige Ort für

die Aufklärung ist. Sie wird in dieser Woche mit der Befragung von ehemaligen und aktuellen BAMF-Präsidenten fortgesetzt, in der nächsten Woche werden Thomas de Maizière und Peter Altmaier Rede und Antwort stehen.

Wir richten unseren Blick aber auch nach vorne. Wir wollen, dass das Bundesamt personell und im Hinblick auf die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen so ausgestattet und organisiert ist, dass eine ordnungsgemäße Prüfung der Asylanträge gewährleistet ist. Richtig ist es, auch auf die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ankerzentren zu setzen. Hierfür erwarten wir die Unterstützung durch unseren Koalitionspartner und auch durch die Länder, denn nur gemeinsam werden wir Fortschritte bei der Bearbeitung und beim Vollzug von Asylentscheidungen erreichen.



Sofortprogramm Alten- und Krankenpflege

In den letzten Jahren ist es zu einer enormen Arbeitsverdichtung und -belastung für Beschäftigte in der Alten- und Krankenpflege gekommen. Im ganzen Berufsstand ist eine tiefe Vertrauenskrise zu spüren. Wir wollen dies umdrehen und Schritt für Schritt eine spürbare Verbesserung im Alltag der Pflegekräfte erreichen. Dazu ist dieses Sofortprogramm für eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der

Kranken- und Altenpflege der erste wichtige Schritt.



Quelle: Deutscher Bundestag

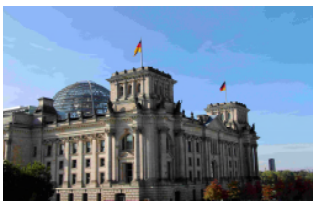
Es soll zum 1. Januar 2019 in Kraft treten. Mit einfachen, klaren und finanziell unterleg-

ten Sofortmaßnahmen wollen wir das klare Signal setzen: Wir haben verstanden. In weiteren Schritten wollen wir in der Pflege im Krankenhaus Pflegepersonaluntergrenzen für alle bettenführenden Abteilungen einführen. In der ambulanten und stationären Langzeitpflege wollen wir verbindliche Personalbemessungsinstrumente einführen und mit einer Konzentrierten Aktion Pflege die Situation in der Altenpflege bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Jahresbericht des Petitionsausschusses

Am Mittwoch dieser Woche hat der Petitionsausschuss seinen Jahresbericht 2017 an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble übergeben.

Wie sich Gesetze auf den Bürger auswirken, das erfährt der Petitionsausschuss aus erster Hand. Damit ist er ein Seismograf, der die Stimmung der Bevölkerung aufzeichnet und direkt erfährt, ob Geset-



ze das beabsichtigte Ziel erreichen oder zu neuen Problemen führen und daher noch einmal kritisch überprüft werden sollten.

Der Jahresbericht 2017 des Petitionsausschusses enthält statistische Angaben zu Anzahl, Herkunft sowie Inhalt von Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag. Er berichtet zudem über Einzelanliegen aus den verschiedenen Bundesressorts.

Im Jahr 2017 erreichten den Ausschuss insgesamt 11.507 Eingaben, rund 200 mehr als im Vorjahr. Inhaltlich entfielen die meisten Petitionen in den Zuständigkeitsbereich des Bundesarbeitsministeriums, gefolgt von den Ressorts Gesundheit und Inneres. Mehr als ein Drittel aller Petitionen wurden auf elektronischem Wege eingereicht. Das Petitionsportal ist damit das erfolgreichste Internetangebot des Deutschen Bundestages.

Immer weniger Arbeitslose

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sinkt weiter. Den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 5,1 Prozent.

Demnach waren 2,3 Millionen Menschen arbeitslos, 68.000 weniger als noch im

April und rund 182.000 weniger als im Vorjahr.

Dies entspricht dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Auch unter Einbezug saisonbedingter Schwankungen sank die Zahl der Arbeitssuchenden. Gleichzeitig vermeldete die Bundesagentur für Arbeit

rund 793.000 offene Stellen im Mai – 78.000 mehr als vor einem Jahr.

Auch auf europäischer Ebene lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im April 2018 im Euroraum bei 8,5 Prozent und erreichte damit den niedrigsten Wert seit 2008.

Flüchtlingsnachzug begrenzen

Diese Woche haben wir in erster Lesung eine Neuregelung des Familiennachzugs beraten. Wir schaffen damit insbesondere Klarheit bei den Voraussetzungen und Ausschlussgründen für eine angemessene und sachgerechte Begrenzung des Nachzugs.

Bereits Anfang dieses Jahres haben wir den Anspruch von subsidiär Schutzberechtigten auf Familiennachzug abgeschafft – rechtzeitig bevor die zuvor bestehende zweijährige Aussetzung ausgelaufen wäre. Festgelegt wurde, dass ab 1. August 2018 nur noch höchstens 1.000 Personen im Monat aus

humanitären Gründen zu Personen dieser Schutzgruppe nachziehen können. Auch hier ist unsere Leitlinie, die Flüchtlings-



zahlen im Griff zu haben, damit die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft erhalten bleibt.

Mit dem nunmehr zu beratenden Gesetz erfolgt die Ausgestal-

tung des begrenzten Familiennachzuges, insbesondere werden Auswahl- und Ausschlussgründe festgelegt. Beim Zuzug zu subsidiär Schutzberechtigten sind Integrationsaspekte und das Kindeswohl besonders zu berücksichtigen. Nur wer sich selbst als integrationswillig und –fähig erweist, wird auch seine nachziehende Familie in diesem Sinne fördern und begleiten. Der Familiennachzug zu Gefährderten ist für sämtliche Familiennachzüge – auch zu anerkannten Flüchtlingen und deutschen Staatsbürgern – kategorisch ausgeschlossen.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

"Bei der Umstellung auf die Erfordernisse des neuen Datenschutzrechts sind für kleine und mittlere Unternehmen ohne Rechtsabteilung oder Vereine ungewollte Regelverstöße nicht immer auszuschließen. Dies darf nicht für eine teure Abmahnwelle missbraucht werden. Dem wollen wir rasch einen Riegel vorschieben."

(Die rechts- und verbraucherchutzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker)

Bundeshaushalt 2018 im Ausschuss beraten

Im Etat für Arbeit und Soziales schlägt die Bundesregierung vor, Ausgaben in Höhe von knapp 140 Milliarden Euro zu tätigen. Das sind 2,2 Milliarden Euro mehr als für 2017 vorgesehen und mehr als 10 Mrd. Euro mehr, als 2016 ausgegeben wurden. In einer ganztägigen Arbeitssitzung am Montag dieser Woche mit dem Bundesminister, Vertretern des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesrechnungshofes und den Spitzen der nachgeordneten Behörden haben wir Einzelheiten zum vorliegenden Etat besprochen. Diesen Donnerstag haben wir nach eingehenden Debatten den vorgelegten Entwurf mit kleineren Änderungen beschlossen. Da dieses Jahr schon fast zur Hälfte herum ist, und bereits ab September der Etat für das kommende Jahr 2019 zur Verabschiedung ansteht, werden die politischen Prioritäten der unionsgeführten Regierungskoalition und deren finanziellen Auswirkungen vor allem dann stärker sichtbar werden.



Ich begrüße an dem im Ausschuss verabschiedeten Haushalt insbesondere, dass für das Ziel dauerhafter Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und Zugewanderten in den Arbeitsmarkt schon dieses Jahr erheblich mehr Mittel zur Verfügung stehen werden. Hier geht es mir darum, diese Mittel möglichst wirkungsvoll einzusetzen, um damit das individuelle Leistungsvermögen der Arbeits- und Ausbildungsplatzsuchenden möglichst gut mit den Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes in Übereinstimmung zu bringen. Jobcenter und Bundesagentur für Arbeit kommt für das Gelingen eine große Verantwortung zu.

Spannend bleibt darüber hinaus die weitere Entwicklung und der Erfolg der mit dem neuen Bundesteilhabegesetz einhergehenden Maßnahmen zur Stärkung der Gleichbehandlung und Förderung von Chancengleichheit

und Inklusion für Behinderte, die in diesem wie auch in den kommenden Jahren zu Mehrausgaben führen werden. Um möglichst zeitnah Erkenntnisse zur Umsetzung dieses völlig neuen Konzeptes zu gewinnen, haben wir Geld für ein engmaschiges Monitoring in die Hand genommen, das uns frühzeitig Nachsteuerungsbedarf anzeigen soll, wenn sich gewünschte Wirkungen nicht einstellen bzw. Fehlentwicklungen drohen.

Mit einer gewissen Sorge sehe ich die weiterhin stark steigenden notwendigen Aufwendungen für Zuschüsse an die Rentenversicherung und die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung,

die von 93 Milliarden Euro in 2016 auf nunmehr 100 Milliarden Euro angewachsen sollen. Das Wachstum verdeutlicht bestehende Probleme mit der Finanzierbarkeit staatlich gewährter Rentenzusagen jenseits beitragsbegründeter

Ansprüche, die mit dem beginnenden Ausscheiden der „starken Jahrgänge“ aus dem Arbeitsmarkt in knapp zehn Jahren sicherlich nicht kleiner werden.

